

NRW / Wuppertal

WESTDEUTSCHE ZEITUNG

Wohlfahrt fordert mehr Geld

12. Dezember 2017 um 19:46 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Foto: Anna Schwartz

Verbände warnen: Ohne eine Erhöhung der Zuschüsse, werden mehr Menschen abgehängt.

Von Sebastian Paschold

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) in Wuppertal kritisiert die geplanten Kürzungen für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser im Bundeshaushalt 2018 scharf. Das Wuppertaler Jobcenter müsste unter dem Strich im nächsten Jahr mit einer Million Euro weniger an Bundesmitteln für diesen Bereich rechnen. Damit würden 400 Plätze für Arbeitsgelegenheiten auf dem zweiten Arbeitsmarkt in Wuppertal wegfallen, erklärt Frank Gottsmann, Geschäftsführer von der Arbeiterwohlfahrt in Wuppertal. Betroffen davon ist beispielsweise das Angebot der sogenannten 1-Euro-Jobs.

Wenn eine zukünftige Bundesregierung in dem Bereich keine Nachbesserungen vornehme, würde die Wuppertaler Gemeinschaft der Wohlfahrtspflege auch nach Berlin fahren, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, machen die Vertreter von Jüdischem Wohlfahrtsverband, Caritas, Diakonie, Deutschem Roten Kreuz, Der Paritätische und Arbeiterwohlfahrt bei ihrer Jahresabschlussstagung klar. Frank Gottsmann von der AWO hat bei der Gelegenheit den Vorsitz für das folgende Jahr von Leonid Goldberg, Geschäftsführer des Jüdischen Wohlfahrtverbandes übernommen.

Es sei für alle Wohlfahrtsverbände ein schwieriges Jahr gewesen, sagte Goldberg. Ein schwerwiegendes Problem laut Goldberg: Die Zuschüsse für die Wohlfahrtsverbände sind bis auf eine kleine Anpassung gleich geblieben — trotz gestiegener Personalkosten und erhöhten Fallzahlen in vielen Bereichen. Goldberg nennt beispielsweise das große Feld der Armut, die bei Kindern anfängt und im Alter aufhört. „Jedes dritte Kind in Wuppertal lebt unter der Armutsgrenze“, ergänzt Christoph Humburg, Leiter des Caritasverbandes Wuppertal/Solingen.

Es sei positiv, dass das Thema präsenter geworden ist — auch durch das von Oberbürgermeister Andreas Mucke initiierte „Bündnis gegen Armut“. Wenn alle Akteure gemeinsam daran arbeiten, Armut zu bekämpfen, könne das Projekt handfeste Ergebnisse bringen. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel könne es nach dem Leiter der Caritas auch trotz großem ehrenamtlichen Engagements „ein zahnloser Tiger“ bleiben.

Wenn trotz Haushalts-Problemen die Zuschüsse für die Wohlfahrtsverbände und damit für ihre zahlreichen Angebote nicht erhöht werden, würden weiter mehr Menschen abgehängt, weil die soziale Arbeit nicht ausreichend gefördert wird. „Wir schaffen es dann nicht, unsere Basis-Angebote zu sichern“, sagt Humburg.

Ein Beispiel dafür nennt Martin Hamburger, Direktor der Diakonie in Wuppertal. Derzeit würden circa 20 Notschlafplätze fehlen. „Das hört sich nicht viel an, aber wenn Menschen abgewiesen werden müssen, ist das keine leichte Situation“, sagt Hamburger.

Außerdem könne trotz in den letzten Jahren gestiegener Obdachlosenzahlen das Tagesangebot der Diakonie nicht am Wochenende geöffnet werden. Es fehle einfach an Geld, um das nötige Personal zu bezahlen. Ein weiteres Problem sei, dass es weniger bezahlbaren Wohnraum in Wuppertal gebe.

Auch in Zukunft werde das Arbeitspensum für die Wohlfahrtsverbände nicht weniger, schließt Leonid Goldberg vom Jüdischen Wohlfahrtsverband. Deshalb müssten Maßnahmen und Verbände nachhaltig und stärker gefördert werden. Dass sich das Engagement der Akteure der Wohlfahrtsverbände im letzten Jahr auch gelohnt hat, erklärt Frank Gottsmann von der AWO.

Positiv sei beispielsweise, dass die Forderung umgesetzt wurde, dass bei neuen Kita-Einrichtungen der Trägeranteil zu hundert Prozent von der Stadt übernommen wird. Auch bei der Schulsozialarbeit stehe in Aussicht, stehe eine längerfristige Sicherung in Aussicht. Die Forderung der Wohlfahrtsverbände ist aber auch hier deutlich. Es müsse eine dauerhafte Zusage geben. Lutz Middelberg (Geschäftsführer, Der Paritätische) fasst zusammen: Themen wie Integration oder eine höhere Geburtenrate seien positive Entwicklungen - „man muss nur mehr Geld in die Hand nehmen“, sagt er. Weiterhin sind sich alle Vertreter der Wohlfahrtsverbände einig, dass für den Bereich der Prävention mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, um Armut zu verhindern.